





Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Jahr scheinen sich die negativen Nachrichten zu häufen: Es gibt so viele Kriege, Terroranschläge, Konflikte und Katastrophen auf unserer Welt.

Doch im vorliegenden Rundbrief stehen auch die anderen Meldungen:

Die erfolgreiche »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« wird fortgeführt (S. 13), zum Thema Friedensbildung hat *pax christi* in unserer Diözese eine Position »Frieden lernen« erarbeitet (S. 6), und Gewaltfreiheit ist für viele Friedensfreundinnen und -freunde nicht nur ein Begriff, sondern Überzeugung und Auftrag (S. 10/11). Immer mehr Menschen zeigen dem Freihandelsabkommen TTIP die rote Karte (S. 2/3); Papst Franziskus hat den Klimawandel zum Anlass genommen und »Laudato si« herausgegeben (S. 12), und im September liefen zur besten Sendezeit in der ARD der Film »Meister des Todes« sowie ein Dokumentarfilm zum Thema »Waffenexporte aus Deutschland« (S. 14/15).

Auch Sie haben sich wieder in vielen Veranstaltungen der Ökumenischen Friedensdekade engagiert und informiert, sind bei Mahnwachen und Demonstrationen gewesen, sind aktiv in der Arbeit mit Flüchtenden oder arbeiten in Eine-Welt-Läden mit.

Jeder, der diese unsere Welt auf diese Weise ein Stück weit zu verbessern versucht, trägt dazu bei, dass auch in diesem Jahr Gott Mensch werden kann. Denn mit der Weihnachtsbotschaft »Friede auf Erden« werden wir im kommenden Jahr in unserem politischen Handeln ermutigt und bestärkt, auf unserer weltweiten Friedensspur weiterzugehen.

Herzlich,
Ihre

Susanne Hellstern

Mitglied im Erweiterten Leitungsteam von *pax christi* und in der Rundbrief-Redaktion

Zum Titelbild (Foto: Harald Hellstern)

TTIP, nein danke!

Auf der Diözesanversammlung von *pax christi* im Kloster Sießen solidarisierten sich die Mitglieder mit den 250 000 Menschen, die am 10. Oktober in Berlin gegen das Freihandelsabkommen TTIP sowie das europäisch-kanadische Abkommen CETA demonstrierten. Nach dieser Großdemonstration sinkt die Zustimmung der Deutschen zu dem geplanten Freihandelsabkommen immer weiter, wie eine Umfrage von Foodwatch und Campact ergab.

Breites Bündnis gegen geplantes TTIP-Abkommen in Kirchheim/Teck

Gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP hat sich in Kirchheim ein breites Bündnis von Initiativen zusammengeschlossen, zu dem unter anderem auch die DFG/VK und *pax christi* gehören. Nachdem bereits an mehreren Samstagen in der Fußgängerzone Unterschriften gesammelt worden waren, fand am 25. Juli eine Kundgebung mit 200 Teilnehmern vor dem Rathaus statt. Die Rednerinnen Sarah Händel (Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP), Maria Heubuch (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Karin Binder (MdB, Die Linke) brachten die Kritik an den absehbaren Verschlechterungen im Verbraucherschutz und bei den Arbeitnehmerrechten sowie an dem verstärkten Privatisierungsdruck zum Ausdruck. Besonders die vorgesehenen privaten Schiedsgerichte außerhalb der regulären



Gerichtsbarkeit stießen auf einhellige Ablehnung. Dass die Aktionen auch Spaß gemacht haben, zeigt das Foto mit Kirchheimer *pax christi*-Mitgliedern (s.o.).

Karl-Heinz Wiest

Sprecher der *pax christi*-Gruppe Kirchheim und Mitglied im Erweiterten Leitungsteam (auf dem Foto: 2. von links)

• Termine

► Januar 2016

22./23.01., Hohenheim

»Tag der Verbände« der ako in der Akademie Hohenheim;
Thema: »Flüchtlinge willkommen?!
Not sehen und christlich handeln«

29.–31.01., Stuttgart

Stuttgart Open Fair

► Februar 2016

26.02., Berlin

Aktion zur Kampagne »Aktion Aufschrei«

► März 2016

26.03.

Ostermarsch

► April 2016

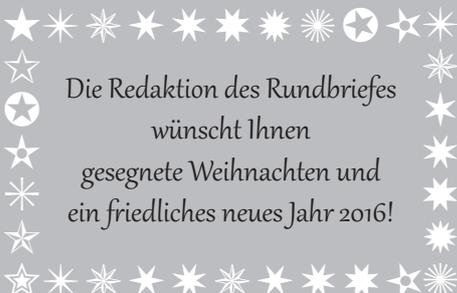
16.04.

Basistag von *pax christi*

► Mai 2016

08.05., Stuttgart, 14 Uhr

»Der Haken am Kreuz« –
Ein friedenspolitischer Stadtrundgang;
Treffpunkt vor St. Eberhard;
www.stadterkundungen-stuttgart.de



Die Redaktion des Rundbriefes
wünscht Ihnen
gesegnete Weihnachten und
ein friedliches neues Jahr 2016!

Konzerne auf Kaperfahrt – das Transatlantische Freihandelsabkommen

Das Thema TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) stand im Mittelpunkt des *pax christi*-Basistages am 13. Juni 2015. Das Welthaus in Stuttgart bot dazu den geeigneten Rahmen.

Nach einem Morgenimpuls von Susanne Hellstern begrüßte Reinhold Gieringer, Vorsitzender von *pax christi* Rotenburg-Stuttgart, die Anwesenden, besonders die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel, die zum Thema TTIP informierte und die kritischen Punkte des geplanten Handelsabkommens beleuchtete.

»Es geht darum, wer in der Welt für die kommende Generation die Führung übernimmt«, so zitierte Heike Hänsel (Die Linke) den EU-Kommissar Karel de Gucht zu Beginn ihrer Ausführungen über das Transatlantische Handelsabkommen TTIP. Die Logik des Freihandels sei ursprünglich gewesen, Zölle zu reduzieren; jetzt gehe es um die Logik der Globalisierung, so Hänsel. Verlierer seien die Länder des Südens, denn gleichwertige Partner könnten konkurrieren, die Länder des Südens seien aber nicht konkurrenzfähig. Neue Modelle seien nötig, die nicht nur auf dem Konkurrenzprinzip beruhen, so die Abgeordnete vor den *pax christi*-Vertreterinnen und -Vertretern.

Besonders kritisiert wurde, sowohl von der Referentin als auch von den Anwesenden,

die geplante Einführung eines regulatorischen Rates, denn damit würde jeder demokratische Anspruch ausgehebelt.

Sigrid Maier, Koordinatorin im Welthaus, gab anschließend einen Überblick über die einzelnen Einrichtungen im Welthaus und führte durch den Weltladen und das Welt-Café. Viele *pax christi*-Mitglieder waren der Meinung, dass das Welthaus einen Besuch wert ist und sie gerne wiederkommen.

Nach einem regionalen Mittagessen gab es wie immer beim Basistag Zeit zum Austausch, für Informationen und Diskussion über die *pax christi*-Arbeit in den Basisgruppen sowie auf Diözesanebene. Dabei stellte Reinhold Gieringer seine Einschätzung zum Thema »Stärkung der Friedensbildung« und die aktuelle Entwicklung bezüglich der Bildungspläne in den Mittelpunkt und rief vor allem die Lehrerinnen und Lehrer in *pax christi* zum Mitmachen auf. Es stehe die Überprüfung der neuen Bildungspläne hinsichtlich der Themen der Friedensbildung wie z.B. zivile Konfliktbearbeitung, ziviler Friedensdienst, Konversion, Pazifismus sowie Beispiele der Gewaltfreiheit an.



Zum Abschluss des Basistages machten sich die Mitglieder zum Pragsattel auf, wo seit 2007 das Denkmal für die Deserteure vor dem Theaterhaus steht. Eine Initiative, der auch *pax christi* angehört, hat dieses möglich gemacht. Ursprünglich als Provisorium gedacht, wurde vom Stuttgarter Gemeinderat immer noch kein Ort in der Innenstadt für so ein Denkmal gesucht und gefunden. Das Thema Deserteure bleibt in Politik und Öffentlichkeit weiterhin umstritten.

In einem »Geh-denken« mit Texten, Liedern und Gebeten wurde beispielhaft an einen Deserteur aus dem Zweiten Weltkrieg, aber auch an einen aktuellen Deserteur aus der Ukraine erinnert.

Mit einem Zitat des kürzlich verstorbenen Journalisten Klaus Bednarz endete dieser gemeinsame Tag: »Ich persönlich kann nur hoffen, dass – sollte jemals wieder in Europa ein Krieg ausbrechen – möglichst viele Soldaten desertieren.«



Oben: Geh-Denken vor dem Deserteursdenkmal am Pragsattel
Ganz oben rechts: Die Referentin Heike Hänsel von den Linken
(Fotos: Harald Hellstern)



Mechthild Foldenauer
Referentin
von *pax christi*

&



Susanne Hellstern
Mitglied im Erweiterten
Leitungsteam
(siehe auch S. 2 und 15)

Schweigen und Scham der Christen

Nahost-Thementag außerhalb des Evangelischen Kirchentages



Oben: Das Podium diskutierte engagiert mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. (Fotos aus dem Video zum Thementag)

Der Titel des Thementages Israel-Palästina am 6. Juni 2015 im Rupert-Mayer-Haus in Stuttgart war schon eine Reaktion darauf, dass der Evangelische Kirchentag ihn nicht in sein Programm aufgenommen hat: »Damit wir wahrhaftig werden. Das Schweigen brechen. Gerechtigkeit schafft Frieden in Palästina und Israel.«

Die Kirchentagsverantwortlichen haben das Schweigen zum Zeugnis der Christen im Nahen Osten wohl als Ausdruck von Klugheit gesehen, nach dem Kirchentagsmotto »Damit wir klug werden« (Ps 90,12). In diese Diskrepanz zwischen kirchlicher und biblischer Klugheit hatte bereits vor dem Kirchentreffen der Friedensnobelpreisträger und emeritierte Erzbischof Desmond Tutu aus Kapstadt seinen Finger gelegt. In einem offenen Brief an den Präsidenten des Kirchentags rief er zu entschiedenem Handeln für die Menschen Palästinas auf. Worte der Besorgnis reichten nicht, heißt es in dem Brief. Es bedürfe vielmehr »mutiger und kreativer Initiativen«. Dazu zählt Tutu ausdrücklich Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS) als angemessene Formen gewaltlosen und kreativen Widerstands, »bis die illegale israelische Besatzung überwunden ist«. Es sei Aufgabe der Christen, ihre Regierungen dazu zu drängen.

»Bitte schließt euch der ökumenischen Kairos-Bewegung an und fordert öffentlich und solidarisch Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann.« Tutu bezieht sich auf das Kairospapier der palästinensischen Christen, in dem die Kirchen der Welt dringend gebeten werden, sich politisch entschieden für die Rechte der Palästinenser einzusetzen. Er hebt hervor, dass Richard von Weizsäcker, ehemaliger Kirchentags- und Bundespräsident, einen Brief ehemaliger Staatsmänner unterschrieben hat, in dem sie die EU zu realen Schritten aufforderten.

Bei der Eingangspressekonferenz des Kirchentags sagte Kirchentagspräsident Bärner, man kenne den Tutu-Brief natürlich. Man habe allerdings Vorbehalte gegenüber »Kairos Palästina«. 7000 Exemplare des Briefes wurden von engagierten Menschen auf dem Kirchentag verteilt.

So war der Thementag, organisiert vom Solidaritätsnetz »Kairos Palästina«, der *pax christi*-Nahostkommission und der ACK Baden-Württemberg, schon im Vorfeld ein Kirchentagsaufreger. Joel Berger, ehemaliger Landesrabbiner, beklagte sich in der »Jüdischen Allgemeinen«, am Rande des Kirchentags träten »bekannte Israelhasser

auf, die gerne diese Bühne nutzen, um den jüdischen Staat zu delegitimieren«. Berger deutete an, dass er diese Veranstaltung am liebsten verboten sähe, und stellte den jüdisch-christlichen Dialog infrage. Auch andere jüdische Repräsentanten beklagten in Briefen, dass das Rupert-Mayer-Haus die Veranstaltung ermöglichte. Und die evangelikale Nachrichtenagentur »idea« sprach vorab von einer »Anti-Israel-Veranstaltung«.

Der Thementag war so gut besucht, dass das Haus zeitweise wegen Überfüllung geschlossen werden musste. Er zeigte einen sehr differenzierten und nüchternen Blick auf die Situation im Nahen Osten. Mitri Raheb, lutherischer Pfarrer in Betlehem, sagte, grundsätzlich ändern könne sich erst etwas, wenn die politische Großwetterlage sich ändere. Das sei wie bei der deutschen Wiedervereinigung.



Einer der Referenten war Pfarrer Dr. Mitri Raheb aus Betlehem.

Die Zeit für eine Zwei-Staaten-Lösung sei nach der israelischen Siedlungspolitik in der Westbank vorbei, sagte Jeff Halper, Anthropologe und Direktor des »Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen«. Man brauche einen Staat, in dem alle gleichberechtigt sind und in dem es eine Verfassung gebe, nach der keine Volksgruppe über die

andere herrschen kann. Sein Vergleichspunkt war die Schweiz. Halper erwartet in naher Zukunft eine Veränderung der Situation. Die palästinensische Autonomiebehörde stehe vor dem Kollaps. Israel werde dann auch die palästinensischen Städte wieder besetzen und sich international weiter isolieren. In einer solchen krisenhaften Zuspitzung sei es wichtig, Alternativen einer gemeinsamen Zukunft zu entwickeln. Rolf Verleger, Psychologieprofessor und Mitglied des Vereins »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost« nannte die Mitglieder seiner Familie, die im Holocaust umgekommen sind, und fügte jedes Mal hinzu, das sei kein Grund, heute Verbrechen zu begehen.

Der amerikanische jüdische Trauma-Therapeut Mark Braverman forderte die Christen auf, ihre Stimme für Gerechtigkeit zu erheben, und sprach über ihr Schweigen von einer verhängnisvollen Scham.

Der Rottenburger Weihbischof Thomas Maria Renz, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Nahost der Deutschen Bischofskonferenz, berichtete von den jährlichen internationalen Solidaritätsreisen von Bischöfen zu den Christen im Heiligen Land, die 2014 und 2015 auch nach Gaza führten. Zur Forderung Bravermans, von der Nach-Holocaust-Theologie zu einer Nach-Nakba-Theologie zu kommen (als »Nakba«, deutsch »Katastrophe« oder »Unglück«, wird im arabischen Sprachgebrauch die Flucht und Vertreibung von etwa 700.000 arabischen Palästinensern aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina bezeichnet), unterstützte Renz ein neues theologisches Nachdenken über die Situation im Nahen Osten. Man könne nicht mit der Landverheißung die heutige Besatzungspolitik rechtfertigen. Er will sich dafür einsetzen, dass die Bischofskonferenz in ihrer Vollversammlung einen Studientag zum Thema macht.

Der ehemalige evangelische Landesbischof Eberhardt Renz forderte von den Christen in Europa, die Christen und die Menschen in Palästina und Israel zu besuchen und das Kairos-Palästina-Dokument von der Lebensrealität der Menschen zu verstehen zu suchen und zu unterstützen.

In einer weiteren Runde zum Thema »Das Schweigen der Politik brechen« waren Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion, Annet-

te Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Uwe Kekeritz, entwicklungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, und Prof. Rolf Verleger.

Im offiziellen Kirchentag gab es immerhin ein World Café, in dem Palästinenser und Israelis zu Wort kamen, darunter die Gründerin von »Breaking the Silence«, Dana Golan, ehemalige Soldatin der israelischen Armee, die mit ihrer Organisation Übergriffe des Militärs zur Sprache bringt.



Odilo Metzler

*Hochschulseelsorger in
Stuttgart-Hohenheim und
Mitglied im Leitungsteam
von pax christi*

Freiwilliger Friedensdienst in Betlehem

»Interkulturelle Jugendbildungsarbeit in Betlehem«

Wir sind ...

pax christi ist eine internationale katholische Friedensbewegung, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Geist der Versöhnung mit ehemaligen Kriegsgegnern entstanden ist. Heute tritt *pax christi* in über 60 Ländern für Frieden und Gerechtigkeit ein. Die Freiwilligendienste sind dabei ein wichtiger Mosaikstein in dem vielfältigen Engagement.

Du bist ...

- mit 18 bis 25 Jahren jung genug, um offen auf Menschen und neue Erfahrungen zuzugehen, und zugleich alt genug, um Verantwortung zu übernehmen?
- bereit, dich einzulassen auf ein neues Land, eine Sprache, ein Lebensumfeld?
- gewillt, auch mal etwas einfacher zu leben, als du es aus Deutschland gewohnt bist?
- interessiert an Fragen von Frieden, Solidarität, Globalisierung, Gewaltfreiheit und ziviler Konfliktlösung?

Die Einsatzstelle:

Das Arab Educational Institute (AEI) in Betlehem versucht palästinensischen Jugendlichen dabei zu helfen, ihren eigenen Horizont zu erweitern.

Dein Projekt: Das Jugendprogramm des AEI

Als Freiwillige/r unterstützt du die Mitarbeiter/-innen des AEI bei der Planung, Umsetzung und Nachbearbeitung von Workshops und Diskussionen zum Leben in den palästinensischen Gebieten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf interreligiösen und interkulturellen Projekten.

Du solltest mitbringen:

- Interesse für die Arbeit mit jungen Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft
- Neugier auf andere Kulturen und Religionen
- Einfühlvermögen für die Situation in den palästinensischen Gebieten
- Offenheit, Geduld, Kreativität
- gerne Erfahrung in der Jugendarbeit mit audio-visuellen Medien

Dein Dienst beginnt Mitte Juli 2016 und endet Mitte September 2017.

Die Bewerbungsfrist für das Projekt in Betlehem ist der 04.01.2016.

Eine ausführliche Ausschreibung mit den Hinweisen zum Bewerbungsverfahren findest du hier: <http://www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de/>

»Frieden lernen«

Position von *pax christi* Rottenburg-Stuttgart

Sehen

»Der Geist der Gewaltfreiheit bewahrt davon, dass wir die Allgegenwärtigkeit der Gewalt einfach hinnehmen, uns gar an Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung gewöhnen. [...] Nach unserem Verständnis bildet deshalb der Geist der Gewaltfreiheit eine unersetzliche Quelle der Inspiration [...] für die Entwicklung von Konzepten, Methoden und Instrumenten der Konfliktregulierung, die auf die Minimierung, ja Überwindung von Gewalt ausgerichtet sind. [...]«
(Gerechter Friede, S. 42/43)

Die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft

Die veränderten Bedingungen und Vorgaben der aktuellen deutschen Außen- und Verteidigungspolitik, die immer größere Einsatzfähigkeit des Militärs, die »Out of area«-Einsätze und die Modernisierung der Bundeswehr sind eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. *pax christi* Rottenburg-Stuttgart stellt sich dieser neuen Entwicklung.

Deutschland exportiert weiterhin Militärtechnik in Länder mit Menschenrechtsverletzungen und bewaffneten Konflikten und begründet Einsätze mit ökonomischen und politisch-strategischen Interessen.

Frieden scheint immer öfter als Frage der Sicherheit aus einer militärischen Perspektive diskutiert zu werden.

Seit 2008 schlossen die Bundeswehr und die Kultusministerien mehrerer Bundesländer Kooperationsvereinbarungen ab. Mit diesen erhalten Jugendoffiziere einen privilegierten Zugang an Schulen und können somit ihre Vorstellungen von Sicherheitspolitik den Jugendlichen darlegen. Mit der Militarisierung der deutschen Politik, verstärkten Auslandseinsätzen und dem Ende der Wehrpflicht sucht die Bundeswehr nach neuen Möglichkeiten, Nachwuchs zu gewinnen.

Es bildeten sich verschiedene Bündnisse gegen diese Praxis, die seit Jahren dagegen protestieren und die Kündigung der Kooperationsvereinbarungen fordern.

Als ein Erfolg der Friedensorganisationen ist zu sehen, dass es in der neuen Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr weniger Möglichkeiten für die Bundeswehr gibt:

- a) Die Jugendoffiziere dürfen bei Schulveranstaltungen nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben.
- b) Für Referendare ist die Teilnahme an Veranstaltungen mit Jugendoffizieren nicht mehr verpflichtend.
- c) Die Jugendoffiziere müssen im Unterricht den Beutelsbacher Konsens beachten. Er bedeutet: a) In der Gesellschaft umstrittene Themen müssen auch im Unterricht als umstritten dargestellt werden. b) Es gilt ein Überwältigungsverbot: Den Schülern darf nicht eine Meinung als die allgemein gültige dargestellt werden, die ihnen aufoktroiiert wird.

Aus der deutlichen Kritik an der erneuten Militarisierung der Gesellschaft entwickelte sich ein neuer Ansatz:

die Friedensbildung.

Auch in den Kirchen wird in den letzten Jahren wieder häufiger über aktuelle politische Themen diskutiert und durch das Thema Frieden auch die Verantwortung der Christen benannt. Das Bischofswort »Gerechter Friede« aus dem Jahr 2000 ist eine gute Grundlage für die dringend notwendige neue Friedensdiskussion in der katholischen Kirche.

Im Jahr 2015 erarbeitet das Verteidigungsministerium ein neues Weißbuch »Sicherheit«. Bisher wurde kein einziger Kritiker dazu gehört. Es stellt sich die Frage, ob die Friedensbewegung und die Kirchen dieser Entwicklung etwas entgegensetzen möchten und können.

Urteilen

»Zum Dienst für den Frieden gehört es, sich auch im Rahmen einer gewaltbewehrten Friedensordnung für jenes Mehr an Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit und Versöhnung einzusetzen, [...] und zwar wo und wann immer dies möglich ist.«
(Gerechter Friede, 55)

pax christi stellt fest, dass zwar das Thema Frieden in den Bildungsplänen vorhanden ist, oft jedoch im Zusammenhang mit einem einseitigen Sicherheitsbegriff. Neu ist, dass in letzter Zeit vonseiten des Kultusministeriums über den Begriff »Friedensbildung« gesprochen wird.

Frieden als Inhalt von Bildung bedeutet für uns nicht nur, die unmittelbaren Auswirkungen von Krieg und Rüstung zu beschreiben, sondern muss auch die langfristigen Folgen, wie den Verbrauch wertvoller Ressourcen, aufzeigen. Genauso wichtig ist die Berücksichtigung der Sichtweise, dass durch Krieg und Rüstung die drängenden Menschheitsfragen wie Hunger, Ungerechtigkeit, Klimawandel sowie die Flüchtlingsfrage noch verschärft werden.

pax christi kritisiert, dass die kritische Auseinandersetzung mit dem erweiterten Sicherheitsbegriff, mit dem Vermischen der verschiedensten Bedrohungen von Staaten und Gesellschaften und mit der Rechtfertigung von militärischen Maßnahmen in der öffentlichen Diskussion fehlt.

Politik setzt den Schwerpunkt immer noch auf die Schaffung von Sicherheit durch Militär, anstatt die Erhaltung des Friedens durch zivile Konfliktbearbeitung in den Vordergrund zu rücken.

Der Friedensauftrag Jesu Christi bedeutet für *pax christi*, Konflikte ohne Gewalt zu klären und zu lösen. Dabei sind die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich in die Einstellung anderer Menschen und Gruppen einzufühlen, eine wichtige Voraussetzung.

zum Thema Friedensbildung

Friedensbildung setzt sich aus drei großen Bereichen der Bildung zusammen. Sie ist:

- Teil der politischen Bildung allgemein, da Frieden Inhalt und Ziel sein muss, wenn die Vorgaben der Landesverfassung ernst genommen werden;
- Teil des globalen Lernens, da Frieden auch zwischen mehreren Ländern oder Kulturkreisen gestiftet werden muss;
- Teil der ethischen Bildung, da Frieden ein ethischer und religiöser Wert an sich ist, der sich auch aus dem Menschenrecht auf Leben ergibt.

Die Politik gibt zwar zu, dass Menschenrechtsverletzungen und bewaffnete Auseinandersetzungen nur politisch und nicht militärisch gelöst werden können, tut jedoch zu wenig, um die zivile Bearbeitung von Konflikten zu fördern. *pax christi* setzt sich dafür ein, dies zu ändern.

Friedensbildung kritisiert den Versuch militärischer Konfliktlösung und will eine Alternative aufzeigen. Zivile und gewaltlose Konfliktbearbeitung soll kennengelernt und eingeübt werden.

Eine gewaltpräventive Konfliktbearbeitung hat klare Priorität. »Äußerste Anstrengungen, Gewalt zu vermeiden, sind nicht bloß empfohlen, sondern im strikten Sinne verpflichtend [...]«

(Gerechter Friede, 66)

Handeln

pax christi Rottenburg-Stuttgart war im Jahr 2010 Gründungsmitglied der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr«, 2013 wurde die Kampagne mit dem Begriff »Lernen für den Frieden« erweitert. Kontinuierlich und mit langem Atem haben verschiedene Friedensorganisationen die Forderung nach einer Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr aufrechterhalten. Der Passus in der Landesverfassung »Erziehung zur Brüderlichkeit und Frieden« wurde verstärkt in den

Mittelpunkt gerückt. So wurde der Forderung Nachdruck verliehen, das Thema Friedensbildung in die Bildungspläne fächerübergreifend zu übernehmen. Dann wäre es auch in der Lehrerbildung und -fortbildung enthalten. Im Oktober 2014 unterschrieb *pax christi* Rottenburg-Stuttgart mit dem Kultusministerium und anderen Friedensorganisationen eine »Gemeinsame Erklärung zur Friedensbildung«.

In dieser wird ein gemeinsamer Dialog auf Augenhöhe angekündigt, mit dem Ziel, eine Servicestelle einzurichten. Diese soll Materialien und Know-how den Lehrerinnen und Lehrern zur Verfügung stellen sowie die Ausbildung und Fortbildung von Lehrkräften mit Themen zu Frieden und ziviler Konfliktbearbeitung verbessern. Die Vereinbarung wurde am 17.04.2015 unterschrieben, und seit dem 01.08.2015 ist die Servicestelle mit einer Hauptamtlichen besetzt.

pax christi arbeitet an diesem Dialog kontinuierlich mit.

Die Handlungsoptionen von *pax christi* Rottenburg-Stuttgart

Einflussnahme auf die Inhalte der Bildungspläne:

Der Auftrag der Verfassung des Landes Baden-Württemberg von 1953, die »Jugend [...] zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe [...] zu erziehen« (Art. 12), bedeutet die Vermittlung der personalen Kompetenz, einem gerechten Frieden zu dienen statt militärischen Konfliktstrategien. Im Schulalltag sollte sie erfahrbar werden, sowohl durch das Verhalten der Lehrkräfte als auch handlungsorientiert in den Klassengemeinschaften. Im Lebensraum Schule kann durch die Einübung von Umgangsformen, die auf fairem und gewaltfreiem Konfliktaustrag beruhen, das Schulklima geprägt werden. So muss fächerübergreifend eine Kompetenz

zur Friedfertigkeit in der Lehrerbildung und -fortbildung gestärkt und inhaltlich und praktisch begleitet werden. Unterrichtseinheiten und Angebote sollen die Tabuisierung der gewaltfreien Konfliktstrategien aufbrechen und den militärischen Lösungen die zivile Konfliktbearbeitung gegenüberstellen.

pax christi ist offizieller Anhörgungspartner des Kultusministeriums zur Weiterentwicklung der Bildungspläne und hat im Oktober 2015 Rückmeldungen zur Thematik der Friedensbildung im Rahmen des Anhörungsverfahrens eingebracht.

Lobbying-Gespräche und Aktionen:

pax christi Rottenburg-Stuttgart wird sich in Lobbying-Gesprächen mit Politikern für unsere Forderungen einsetzen, diese begründen und unsere Positionen in Diskussionen vertreten.

Die VertreterInnen der Grünen müssen an ihren Parteitagsbeschluss vom Dezember 2012 erinnert werden, und die SPD wird sich erneut mit der Forderung nach einer Kündigung der Kooperationsvereinbarung konfrontiert sehen.

Stellen wir uns vor, wie in der Zukunft Entscheidungsträger handeln würden, die sich intensiv mit ziviler Konfliktbearbeitung, Beispielen aktiver Gewaltfreiheit, Dialog und Prävention, mit Friedens- und Konfliktforschung auskennen. Wenn sie um die Hilfslosigkeit von Waffenlieferungen und Militärschlägen wissen und kreative und gewaltfreie Regelungen für Konflikte finden. Dann wäre Realität, was Albert Einstein forderte:

•
»Das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen.«
 •

Schon der Besitz von Atomwaffen ist unmoralisch

Erklärung des *pax christi*-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, anlässlich des 70. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Siebzig Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki ist es geboten, nicht nur den **Einsatz von Atomwaffen als unmoralisch zu verurteilen**, sondern **auch deren Besitz zu ächten** und so **auf die Abschaffung der Atomwaffen generell zu drängen**. *pax christi* unterstützt die Position einer vatikanischen Stellungnahme vom Dezember 2014, die in der Abschaffung der Atomwaffen die **Grundlage für kollektive Sicherheit** sieht. Nukleare Abschreckung ist in einer multi-polaren Welt kein Stabilisator, sondern ein Anreiz für Staaten geworden, eigene Atomwaffenprogramme zu entwickeln.

Es wird zwar gesagt, dass in all den Jahrzehnten des Kalten Krieges nukleare Abschreckung einen Atomkrieg zwischen den Weltmächten verhindert habe, aber diese **Abschreckungspolitik hat der Welt auch einen genuinen Frieden vorenthalten und sie dem anhaltenden Risiko einer nuklearen Katastrophe ausgesetzt**. Dazu kommt, dass seit dem Ende des Kalten Krieges enorme Summen in die Modernisierung der Atomwaffen gesteckt werden. Dieses Geld könnte viel besser verwendet werden, Not und Elend zu verhindern, die Situation von Menschen in Krisengebieten zu verbessern und somit eine Politik zu betreiben, die Frieden in Gerechtigkeit ermöglicht. Denn **»während man riesige Summen für die Herstellung tödlicher Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt«** (2. Vat. Konzil, Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*, Nr. 81).

In der Vergangenheit haben kirchliche Positionen den Besitz von Atomwaffen noch gerechtfertigt unter der Bedingung, dass die Atomkräfte ihr Nukleararsenal schrittweise abrüsten. Diese Bedingung wurde jedoch nie erfüllt. Heute gibt es weltweit mehr Atomsprenghöpfe als noch zu Zeiten

des Kalten Krieges. Vertreter von Atomstaaten schließen nicht aus, diese Waffen auch einzusetzen, falls die Abschreckung versagt. **Mit der nuklearen Abschreckung geht immer Massenvernichtung einher**, daher kann das System der nuklearen Abschreckung nicht länger als eine Politik betrachtet werden, die moralisch vertretbar ist. Obwohl eingewandt wird, dass allein der Besitz dieser Waffen per se nichts Schlechtes sei, so droht er doch den massenhaften Tod von Menschen an und nimmt ihn billigend in Kauf.

Völkerrechtler betonen das »unnötige Leid«, das Menschen durch Atomwaffen zugefügt wird. Gemeint sind damit die besondere Grausamkeit durch Verstrahlung und langfristige Zerstörung des Lebens und seiner Grundlagen. Manche der Überlebenden der Atombombendetonationen in Hiroshima und Nagasaki haben die Toten benediziert. »Unnötiges Leiden« ist aber völkerrechtlich und im Militärrecht geächtet. Was für den konventionellen Krieg gilt, muss umso mehr für den atomaren gelten und zu einem Verbot dieser Waffen führen.

Atomwaffen sind ein globales Problem, und ihre Abrüstung erfordert eine globale Ethik. **In unserer heutigen verknüpften Welt brauchen wir eine Ethik der Solidarität**, die uns auf eine weniger gefährliche und moralisch verantwortbare Zukunft hin zusammenarbeiten lässt. Dazu gehört, sich endlich auf eine Abrüstungskonferenz im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags (NPT-Vertrag) zu verständigen. Die Regierungschefs müssen dazu immer wieder ermutigt werden, sonst bleibt der Atomwaffensperrvertrag ein System, das allein die Interessen der Atom-Staaten verwaltet. Dazu kommen doppelte Standards, die den NPT-Vertrag untergraben. Atom-Staaten setzen die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen bei einigen Ländern durch, während sie den Aufbau von Atomarsenalen in anderen ignorieren.

Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, die durch die Lagerung von Atomsprenghöpfen auf ihrem Hoheitsgebiet über »nukleare Teilhabe« an Atomprogrammen beteiligt sind, müssen ihre Beteiligung endlich aufkündigen, auch um den Nichtverbreitungsvertrag nicht zu unterlaufen. Immer noch lagern rund 20 Atomraketen in Deutschland. Doch statt sie zu entsorgen, werden sie modernisiert.

Angesichts fehlender Abrüstungsbemühungen begrüßt die katholische Friedensbewegung *pax christi* alle Initiativen, die sich für die Abschaffung von Atomwaffen einsetzen, sei es die »Humanitäre Initiative« von über 100 Staaten, die über eine Konvention ein Verbot von Atomwaffen durchsetzen wollen, seien es Formen des gewaltfreien Widerstandes, Gebet und Fasten vor dem Raketendepot in Büchel/Hunsrück oder seien es Aktionen der US-amerikanischen Friedensbewegung vor der Atomwaffenschmiede Los Alamos in New Mexico.

Wir fordern, das im Atomwaffensperrvertrag gegebene Versprechen nach Abrüstung der gefährlichen Atomwaffen endlich einzulösen. Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, diese Massenvernichtungswaffen abzuschaffen und damit der Bedrohung durch Atomwaffen ein Ende zu setzen.

Berlin/Fulda, 3. August 2015



Heinz Josef Algermissen
Präsident von
pax christi Deutschland,
Bischof von Fulda

Seligspredung für den Kriegsdienstverweigerer Josef Ruf vorgeschlagen



Links: Die Fürbitten mit Bezug zu Josef Ruf werden vorgetragen; rechts Weihbischof Thomas Maria Renz

Unten: *pax christi*-Mitglieder im Gottesdienst

(Fotos: Harald Hellstern)

Die Liste der betroffenen Länder ist lang: Russland, USA, Israel, Türkei, Süd-Korea und viele andere. Der Offenbacher Verein »Connection e.V.« (www.connection-ev.de) unterstützt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus diesen Ländern. Rudi Friedrich, der Geschäftsführer und einzige Hauptamtliche von Connection, berichtete, dass Kriegsdienstverweigerung nicht als Asylgrund anerkannt sei, auch nicht bei Flüchtlingen aus kriegsführenden Staaten.

Connection setzt sich Länderschwerpunkte und betreibt intensive Recherchearbeit zur Situation in diesen Ländern. Das wäre nicht möglich ohne die aktive Mitarbeit der Offenbacher Ehrenamtlichen. Bewusstseinsbildung hierzulande durch Vortrags-



reisen von Kriegsdienstverweigerern, etwa aus Israel, den USA u.a. Ländern, sind ein Schwerpunkt der Arbeit des Vereins. Daneben werden betroffene Kriegsdienstverweigerer auch persönlich unterstützt, etwa wenn Fälle staatlicher Verfolgung von ►

»Töten ist nie gerechtfertigt«

Am 10. Oktober 2015 jährte sich der Hinrichtungstag von Josef Ruf, des katholischen Kriegsdienstverweigerers aus Bad Saulgau, zum 75. Mal. Neben der Erinnerung an Josef Ruf sollte bei der Diözesanversammlung von *pax christi* Rottenburg-Stuttgart das Thema Kriegsdienstverweigerung im Mittelpunkt stehen. Das Franziskanerinnenkloster Sießen bot dafür einen inspirierenden Rahmen. Gleich zu Beginn begeisterte Sr. Magdalena Morgenstern die anwesenden *pax christi*-Mitglieder mit ihrer Einführung in die franziskanische Spiritualität.

Eher ungewohnt bei *pax christi* war der Beschluss, Josef Ruf zur Seligsprechung vorzuschlagen. Nachdem Josef Ruf bereits im neuen »Gotteslob« als christlicher Glaubenszeuge benannt wird, wäre eine Seligsprechung eine »offizielle« kirchliche Anerkennung und Würdigung des zeugnishaften Handelns von Josef Ruf. Seine Kriegsdienstverweigerung, ausdrücklich begründet aus dem Glauben an den gewaltfreien Jesus Christus, würde von der katholischen Kirche damit als Vorbild, gerade auch für heutige Christen, benannt. Auch die christliche und kirchliche Friedensethik würde neue Impulse erhalten.

Beim Gedenkgottesdienst in der Saulgauer Stadtkirche St. Johannes nannte Weihbischof Thomas Maria Renz Josef Ruf einen »Märtyrer der Gewaltlosigkeit«. Weiter führte er aus: »Töten ist nie gerechtfertigt.« Selbstverständlich betrifft das nicht nur den Zweiten Weltkrieg, das gilt auch in den Zeiten des seit bald 15 Jahren anhaltenden »Krieges gegen den Terrorismus«.

So fragten sich die *pax christi*-Mitglieder auch, wie es denn um Kriegsdienstverweigerung in den heutigen Kriegen bestellt sei. Das deutsche Grundgesetz schützt die heutigen Kriegsdienstverweigerer. Ein Bundeswehrsoldat im sogenannten »Auslandseinsatz« kann den weiteren »Dienst mit der Waffe« aus Gewissensgründen verweigern. Aber er hat sich einer intensiven Gewissenprüfung zu unterziehen. Leicht ist das nicht. Da wir nun eine Freiwilligenarmee haben, müssen die Soldaten Gewissensgründe gut nachweisen können. Das geht nicht ohne Beratung – aber wer kann eine intensive Beratung kompetent leisten?

Viele Länder betrachten Kriegsdienstverweigerung immer noch als Vaterlandsverrat, bei Desertion drohen mancherorts lange Gefängnisstrafen. Kriegsdienstverweigerer werden viel zu oft noch kriminalisiert.

► Kriegsdienstverweigerern in Deutschland bekannt gemacht werden und dadurch politischer Druck auf diese Staaten aufgebaut wird, oder durch Vermittlung von spezialisierten Anwälten, wenn ausländische Kriegsdienstverweigerer in Deutschland politisches Asyl beantragt haben.

Die versammelten *pax christi*-Mitglieder waren beeindruckt, wie ein kleiner Verein mit seinen beschränkten Mitteln eine so effektive Arbeit leisten kann.

Des Weiteren ging es der Versammlung um die vom Vorstand vorgeschlagene Positionierung zum Thema »Friedensbildung an Schulen«. Das beschlossene Positionspapier kann im Rundbrief nachgelesen werden.

Schließlich berieten die versammelten *pax christi*-Ehrenamtlichen über die Ziele und Schwerpunkte der Friedensarbeit im kommenden Jahr. Das zentrale Schwerpunktthema im kommenden Jahr lautet: »Neue Kriege hundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg: Die Militärlogik überwinden.« Dieses Thema hat durch die – bei der Diözesanversammlung noch nicht absehbaren – Pariser Terroranschläge und die politischen Reaktionen darauf seither an Aktualität gewonnen. Außerdem werden die Themen Rüstungsexporte mit der »Aktion Aufschrei«, Friedensbildung an Schulen, die Aktion »Schulfrei für die Bundeswehr« sowie die Friedensarbeit für den Nahen Osten weiterhin wichtige Schwerpunkte der *pax christi*-Arbeit bilden.



Stefan Schneider

Geschäftsführer und
Referent von *pax christi*

Wenn du den Frieden willst, dann bereite ihn vor – gewaltfrei!

Gewaltfreiheit ist ein Prinzip, das Gewalt ablehnt und zu überwinden sucht. Terminologisch wird gelegentlich zwischen »gewaltlos« und »gewaltfrei« unterschieden. (Wikipedia)

Als Friedensbewegung ist uns allen der Begriff »Gewaltfreiheit« schon einmal begegnet. Aber haben wir uns selbst damit auseinandergesetzt? Was beinhaltet Gewaltfreiheit für mich?

Susanne Hellstern (siehe Seiten 2, 3 und 15) hat diese Frage drei Menschen gestellt, mit denen sie seit Jahren in Sachen Frieden zusammenarbeitet, und ganz unterschiedliche, interessante und sehr persönliche Antworten bekommen ...



Gedanken zur Gewaltfreiheit

Gewaltfreiheit entspringt aus meiner ethischen und politischen Grundeinstellung, die Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen konsequent ablehnt. Meine Motivation ist humanistisch begründet in der Anerkennung der Menschenrechte und Menschenwürde als höchsten Wert.

Das möchte ich in meinem persönlichen und politischen Verhalten zum Ausdruck bringen: im Alltagshandeln und in der gewaltfreien Aktion; dies nimmt vorweg, was ich politisch anstrebe: eine herrschaftsfreie, gerechte und ökologische Gesellschaft, in der Konflikte ohne Gewalt ausgetragen werden. Ein wesentliches Element der Gewaltfreiheit ist, zugleich am Aufbau von Alternativen zu den kritisierten Zuständen mitzuarbeiten. Deshalb engagiere ich mich z.B. seit vielen Jahren für die Umsetzung des Konzeptes der politischen zivilen Konfliktbearbeitung. Zwischen den Zielen und Mitteln einer Gesellschaftsveränderung muss eine Beziehung erkennbar sein. Denn in der Auseinandersetzung mit politischen Konflikten dürfen keine Mittel eingesetzt werden, die neues Unrecht produzieren. Konkurrenzlos ist deshalb auch das Konzept der *Gewaltfreien Aktion*: um im politischen Raum zu handeln und Gegenmacht zu gewinnen.

Die Gewaltfreiheit kennt keine geradlinige Geschichte. Viele Strömungen, Ideen und Aktionen haben zu gewaltfreiem Gedankengut beigetragen und sich immer mehr ausdifferenziert. So ist die Philosophie der Gewaltfreiheit immer auch mit Anfragen

und Kontroversen verbunden, d.h., sie lädt zur Auseinandersetzung und zu weiterem Nachfragen ein, ohne gleich Antworten mitzuliefern. Gewaltfreiheit ist in Konfliktsituationen gefordert. Denn es kommt darauf an, WIE Konflikte ausgetragen werden. Ein Ziel ist es, zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit beizutragen. Frieden – verstanden nach Johan Galtung – als kontinuierlichen Prozess der Konfliktbearbeitung, immer mit gewaltfreien Mitteln.

Nach meinem Grundverständnis ist die Idee der Gewaltfreiheit eine ständige Herausforderung und Alternative zum herkömmlichen gewaltorientierten Denken und Handeln. Sie ist ein fortwährendes Experiment, bei dem Einfallsreichtum gefragt ist.

Gewaltfreiheit ist für mich die Grundlage für aktives Handeln, sie bedeutet Verantwortung und aktive Einmischung zugleich und das Eintreten für eine gewaltfreie Gesellschaftsveränderung. Dabei sind gewaltfreie Aktionen und Kampagnen die Lernfelder. Eine »Verführung zur Gewaltfreiheit« nennt der Friedensforscher und Friedensaktivist Andreas Buro die gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Dieser Gedanke birgt etwas Verlockendes. Mich lädt dieser Gedanke ein, mitzumachen!

Frieden ist machbar! Gewaltbereitschaft ist nicht angeboren, und Krieg ist kein Naturereignis. Kriege werden von Menschen gemacht, Frieden auch. *Si vis pacem, para pacem* – wenn du den Frieden willst, dann bereite ihn vor! Gewaltfrei.



Renate Wanie

Freie Mitarbeiterin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden; die Werkstatt ist Trägerorganisation der Kampagne »Aufschrei« (siehe auch S. 13)

Gewaltfreiheit – Gedankensplitter

- Gewaltfreiheit – was ist das? Es ist eine Haltung, mit der der Mensch fähig ist, Streitereien und Konflikte zivilisiert anzugehen.
- Eine Geschichte frei nach Johannes 18: Ein Mensch soll verhaftet werden. Mit Schwertgewalt widersetzt sich dem ein Sympathisant. Der Mensch weist ihn in seine Schranken: »Lass gut sein, ich werde die Konsequenzen meines Handelns tragen.« Später, beim Verhör, ärgert sich ein Gerichtsdienner über eine angebliche Respektlosigkeit. Er schlägt dem Menschen ins Gesicht. »Warum schlägst du mich?« Der Schläger bleibt eine Antwort schuldig. Sprachlosigkeit kennzeichnet Gewaltanwendung.
- Gewaltfreiheit braucht Geduld. Einen gordischen Knoten zu zerschlagen, dazu braucht es ein Schwert. Ihn zu entwirren, dazu braucht es Verstand und Geduld.
- Gewaltfreiheit braucht Unterstützung. Das Ei des Kolumbus kann frei stehen nur mit zerbrochener Schale. Mit flankierender Unterstützung kann es unversehr frei stehen.
- Gewaltfreiheit braucht Bildung. Adäquates Handeln erfordert, dass die Situation gründlich bedacht wird. Gewaltfreiheit gehört zur Friedensbildung.



Volker Haury

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft mennonitischer Gemeinden in Deutschland und Mitglied im Initiativkreis von Ohne Rüstung Leben

Gewaltfreiheit (als Aufgabe)

Mir ist erst bei *pax christi* so richtig aufgegangen, inwiefern es eine der vorrangigen Aufgaben von uns Christen ist, dafür zu sorgen, dass Gewalt nicht mit Gegengewalt zu beantworten und dass das Böse nur mit Gutem zu überwinden ist.

Dies lehrt uns nicht nur unsere (früh-) christliche Tradition, daran haben uns auch Nichtchristen wie M. Gandhi erinnert.

Und diesen Kern unseres christlichen Glaubens müssen wir gegenüber unserer Kirche, gegenüber der Gesellschaft und den staatlichen Institutionen immer wieder neu ins Bewusstsein rufen, ja ihn lebendig und konkret werden lassen. Dazu braucht es Fantasie und einen langen Atem. Es braucht dazu aber auch die Aufmerksamkeit dafür, wo unter dem Deckmantel des vermeintlich »Guten« das »Böse« bzw. die Gewalt hervorschaut. Und es braucht den Mut dazu, diese Gewalt ggf. dann auch zu benennen, wie es beispielsweise bei der Ermordung Osama Bin Ladens geschehen ist.

Damals waren es ja Theologen und Kirchenvertreter unterschiedlicher Provenienz, die angesichts der staatlich inszenierten Freude über den vermeintlichen Sieg über das personifizierte Böse daran erinnerten, dass der Tod eines Menschen niemals ein Grund zur Freude sein kann und dass die Tötung des Terroristen weder den Terror aus der Welt schafft noch die Spirale der Gewalt stoppt.

Alles in allem keine leicht Aufgabe. Doch wer, wenn nicht wir Christen, sollte diese Aufgabe sonst übernehmen?



Markus Weber

Referent von *pax christi*
Diözesanverband Freiburg

Laudato si



»Unser gemeinsames Haus ist wie eine Schwester, mit der wir das Leben teilen, und wie eine schöne Mutter, die uns in ihre Arme schließt.«

(Laudato si, Nr. 1)

Mit großer Spannung war die Ökologiezyklika erwartet worden. Kardinal Turkson (Iustitia et Pax), die Leiterin der US-amerikanischen Catholic Relief Services, Carolyn Woo, Metropolit Zizioulas, die italienische Grundschullehrerin Valeria Mariano von San Egidio und der deutsche Klimaforscher Hans-Joachim Schellnhuber stellten sie am 18. Juni in Rom vor. Rechtzeitig vor der UNO-Klimakonferenz am 30. November in Paris sollte sie erscheinen. Mit den Anfangsworten »Laudato si« nimmt sie Bezug auf den Sonnengesang des Franz von Assisi.

Mit dramatischen Worten prangert der Papst die Zerstörung des Planeten an: Klimawandel, Verschmutzung, Wasserverschwendung, Verlust der Artenvielfalt, Raubbau, Müllberge, Energieverschwendung und hemmungsloser Konsum der Reichen bedrohen die Zukunft der Erde und besonders der Armen.

Franziskus will uns betroffen machen. Er brandmarkt die Menschheit des postindustriellen Zeitalters als eine der verantwortungslosesten der Geschichte. Gleichzeitig hofft er, dass das 21. Jahrhundert in die Geschichte eingeht als jenes, das großherzig seine schwere Verantwortung auf sich genommen hat.

Das Grundübel besteht darin, dass wir uns als Herren der Schöpfung gebärden. So nehmen wir uns das Recht, die Erde auszu-beuten, koste es, was es wolle. Darum schreit die Schwester Erde auf wegen des Schadens, den wir ihr zufügen. Unverantwortlicher Gebrauch und Missbrauch der Güter gefährden die Erde. Wir vergessen, dass wir selber Erde sind – gebildet aus

den Elementen des Planeten, aus Luft zum Atmen, aus Wasser zum Beleben.

Bereits Paul VI. forderte vor über 40 Jahren einen radikalen Wandel in der ökologischen Frage. Johannes Paul II. wollte eine Änderung des Modells von Produktion und Konsum. Benedikt XVI. mahnte, die strukturellen Fehlfunktionen der Weltwirtschaft zu beseitigen. Patriarch Bartholomaios bat darum, unsere Sünden gegen die Schöpfung einzusehen.

Appelle, die verpufft sind? Wird es »Laudato si« auch so ergehen?

Lösungen liegen dort, wo Politik, Wirtschaft und Finanzen zum Wohl der gesamten Menschheit sich verbünden. Aber auch in jedem einzelnen Menschen besteht ein erster Schritt darin, Konsum in Opferbereitschaft zu wandeln, Habgier in Freigebigkeit und Verschwenden in Teilen.

Franziskus bittet energisch um universalen Dialog mit allen, egal welcher Herkunft. Detailliert zeigt er auf, was unserem Haus widerfährt. Dagegen möchte das Evangelium von der Schöpfung uns ihre Kostbarkeit vor Augen führen. Aus der ökologischen Krise

kann eine Abkehr vom technokratischen Pragmatismus zu einer neuen weltweiten Kultur führen. Sie beginnt im Alltag eines jeden Menschen – angefangen vom sparsamen Gebrauch der Ressourcen bis hin zur Achtsamkeit vor allem Lebendigen. Konkrete Leitlinien und eine erneuerte Spiritualität helfen mit zur Bewahrung der Schöpfung und zum gemeinschaftlichen Teilen, besonders mit den Ärmsten dieser Erde.



Wolfgang Gramer
Geistlicher Beirat
von pax christi

- »Laudato si« kann heruntergeladen werden unter:
<http://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/verlautbarungen-des-apostolischen-stuhls/enzyklika-laudato-si-papst-franziskus-sorge-gemeinsames-haus.html>
- Man kann auch Exemplare per Post bestellen bei:
AZN – Auslieferungszentrum, Postfach 1355, 47613 Kevelaer

Skulptur: Franz von Assisi, Gelände des Klosters Sießen (Foto: Harald Hellstern)



Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« geht weiter

Bericht über die Ergebnisse der Planungstagung der Kampagne am 9./10. Mai 2015

Es war nur noch eine Frage der nächsten Schritte: Die erfolgreiche, fast dreijährige Kampagne »Aufschrei« wird fortgesetzt!

Auf der Planungskonferenz im Mai 2015 wurden fünf Forderungen für die nächste Phase der Kampagne bis zur Bundestagswahl im Herbst 2017 vereinbart. »Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert« bleibt als Grundlage weiterhin erhalten. Im Zentrum der Aktivitäten wird bis Ende 2016 das Exportverbot von Kleinwaffen und Munition stehen; die Adressaten sind hier die Politik und vorwiegend Heckler & Koch. Für den gesamten Zeitraum der Kampagne lauten die Forderungen: generelles Genehmigungsverbot für den Nachbau deutscher Waffen und Munition in anderen Ländern, die Rücknahme bereits erteilter Lizenzen sowie die Rückführung von Kleinwaffen und Munition aus menschenrechtsverletzenden Staaten und Konfliktgebieten – untrennbar verbunden mit der Verschrottung dieser Waffen. Rüstungskonversion als Alternative in den Forderungskatalog aufzunehmen wurde als eine »andere Ebene« überwiegend abgelehnt.

Lobbyarbeit

Kurz vor der Bundestagswahl 2017 sind medienwirksame Straßenaktionen, Podiumsdiskussionen mit Abgeordneten, Parteitagsbesuche, Wahlprüfsteine sowie ein Kongress angedacht. Bis dahin bleibt der 26.2. als Aktionstag in Berlin und parallel

in anderen Städten mit vielgestaltigen öffentlichen Aktivitäten im Aktionskalender. Ein Ziel der Kampagne ist, im politischen Dialog zu bleiben und dabei zu überzeugen, dass Parteien ein Verbot von Rüstungsgütern in ihre Wahlprogramme aufnehmen. Bundestagsabgeordnete sollen sich für die von der Kampagne angestrebte Grundgesetzänderung einsetzen. Aber auch bekannte Persönlichkeiten, wie z.B. SchauspielerInnen und KünstlerInnen, sollen gewonnen werden, um öffentlich für die Kampagnenziele einzutreten.

Strafanzeige und Aktionen

Als prädestinierter Aktionsort gilt weiterhin Oberndorf, der Standort, wo die Rüstungsfirma Heckler & Koch, führender Lieferant von Kleinwaffen, ihre tödlichen Produkte herstellt. Sturmgewehre sollen z.B. ohne Genehmigung in mexikanische Unruheprovinzen exportiert worden sein. Folglich ist auch ein Anlass für weitere Aktionen die von »Aufschrei«-Sprecher Jürgen Grässlin und Rechtsanwalt Holger Rothbauer gestellte Strafanzeige sowohl gegen die Waffenschmiede Heckler & Koch – ins-

besondere deren Geschäftsführer Andreas Heeschen und Martin Newton – als auch gegen Verantwortliche des Bundesverteidigungsministeriums im Zusammenhang mit der G36-Affäre. Die Vorwürfe lauten: Betrug in einem besonders schweren Fall und ein besonders schwerer Fall der Untreue.

Für Aktionen neu in den Blick genommen werden der Exporthafen Hamburg oder das BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle), Ideen für ein Aktionscamp in der Nähe eines Rüstungskonzerns werden noch ausgelotet. Aktionärsversammlungen von Rüstungskonzernen wie die Rheinmetall AG, deren Auslandsumsatz 2014 bereits einen Anteil von 71 Prozent des Gesamtvolumens ausmachte, bleiben traditionell ein Aktionsort. Zurzeit belasten Korruptionsvorwürfe aus Griechenland den Konzern.

Traditionelle Friedens- und Gedenktage wie der Antikriegstag am 1. September, die Friedensdekade im Herbst oder der Ostermarsch geben weiterhin einen Anstoß für öffentliche Aktionen gegen Rüstungsexporte und Krieg. Eine breite Palette von ➤

Aktuelle Informationen gibt es auf der Webseite:
www.aufschrei-waffenhandel.de

Diesem Rundbrief ist die aktuelle Unterschriftenliste »Export von Kleinwaffen und Munition stoppen!« beigelegt sowie das neue Factsheet »Flüchtlinge und deutsche Rüstungsexporte« der Kommission Rüstungsexport von *pax christi*. Nachbestellungen über die *pax christi*-Diözesanstelle sind jederzeit möglich und erwünscht!
So können auch Sie aktiv werden.



Ganz links: Im April 2015 protestierten Friedensaktivisten vor der Staatsanwaltschaft Stuttgart

Links: Mit dem »Aktion Aufschrei«-Banner bei der Friedenskette des Evangelischen Kirchentages 2015

(Fotos: Harald Hellstern)

➤ fantasievollen Aktionsideen wurde an diesem Wochenende zusammengetragen und darauf hingewiesen, bei allem Ideenreichtum immer auch an die politische Zielsetzung bei den Aktionen zu denken.

Begrüßt wurde ein neues Mitglied im Aktionsbündnis der Kampagne »Aufschrei«: die evangelische Landeskirche in Baden. Die 16 Trägerorganisationen der Kampagne »Aufschrei« und die über hundert loka-

len Initiativen im Aktionsbündnis haben abermals eine Orientierung für die nächsten zwei Jahre. An Rüstungsindustrie und Politik gilt die wiederholte Aufforderung: Stoppt den Waffenhandel!

Renate Wanie

Freie Mitarbeiterin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (siehe auch S. 10/11)

Der Artikel ist erschienen im »Friedensforum«, Heft 5/2015

Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss Waffenexporte in Krisenregionen stoppen

Mitteilung für die Medien
10. November 2015

Die Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« kritisiert die Genehmigung zahlreicher Waffenexporte in Krisenregionen durch den Bundessicherheitsrat – unter anderem in den Oman, in die Vereinigten Arabischen Emirate, in den Libanon und nach Jordanien. »Krieg und Terror sind die Hauptursachen für die Flucht der Menschen aus der Region. Es hat nichts mit restriktiver Rüstungsexportpolitik zu tun, dass deutsche Rüstungskonzerne jetzt Waffen in die Region liefern dürfen«, erklärt Christine Hoffmann, Sprecherin der Kampagne und *pax christi*-Generalsekretärin, und erläutert: »Die Lage im Nahen Osten ist schon heute hochexplosiv. Mit diesen Waffenlieferungen wird die Situation weiter eskaliert statt entschärft. Die Lieferländer Jordanien und Libanon grenzen direkt an Syrien. Das Sultanat Oman liegt neben dem Jemen, wo ebenfalls Krieg herrscht. Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss Waffenexporte in Krisenregionen stoppen, statt Kriege weiter anzuhetzen.«

So haben etwa laut Medienberichten die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) gemeinsam mit Saudi-Arabien kolumbianische Söldner gekauft, die im Jemen die Huthi-Rebellen bekämpfen. Und auch Algerien liegt mit dem Nachbarn Libyen in einer höchst instabilen und konflikträchtigen Region. Im Sultanat Oman, in den Ver-

einigten Arabischen Emiraten und in Ägypten werden laut Amnesty International zudem die Menschenrechte massiv verletzt.

»Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat sein im Wahlkampf gegebenes Versprechen, die Rüstungsexporte einschränken zu wollen, nun endgültig gebrochen. Statt den Verkauf von Kleinwaffen zu begrenzen, liefert er diese Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts ausgerechnet in Kriegs- und Krisenregionen«, erklärt Paul Russmann von »Ohne Rüstung Leben« und Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«.

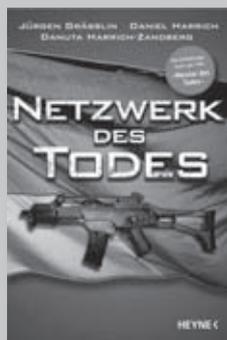
Laut Informationen an den Deutschen Bundestag durch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat der Bundessicherheitsrat der Waffenschmiede Heckler & Koch erlaubt, 48 Granatmaschinenwaffen, 1.600 vollautomatische Gewehre und 100 Maschinenpistolen an den Oman zu liefern. 14 vollautomatische Gewehre, 500 Maschinenpistolen und 63.000 Schuss Munition dürfe der Hersteller in die Vereinigten Arabischen Emirate exportieren, 215 vollautomatische Gewehre nach Brasilien und 100 Maschinenpistolen nach Indien. Der Libanon bekomme acht Maschinenpistolen und 25.000 Schuss Munition und Malaysia 100 Maschinenpistolen, 100 vollautomatische Gewehre und zehn Maschinengewehre. ➤

»Netzwerk des Todes«

Buchtipp

Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden

Im aktuellen Buch des Sprechers der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« Jürgen Grässlin, des Regisseurs und Journalisten Daniel Harrich sowie der Fernsehproduzentin und Autorin Danuta Harrich-Zandberg werden Recherchen der letzten Jahre zusammengefasst, die schließlich zu dem erfolgreichen TV-Film »Meister des Todes« und dem Dokumentarfilm »Tödliche Exporte« im September 2015 in der ARD führten.



Jürgen Grässlin, Daniel Harrich,
Danuta Harrich-Zandberg:
Netzwerk des Todes.
Heyne-Verlag, 16,99 Euro

Im Mittelpunkt stehen die engen Verflechtungen zwischen der deutschen Waffenindustrie und Behördenvertretern, die ein Netzwerk bilden, um für deutsche Waffenexporte den Weg frei zu machen.

Nach der Ankündigung von Sigmar Gabriel, die Rüstungsexportpolitik unter seiner Verantwortlichkeit restriktiv zu handhaben, sieht die Realität ganz anders aus. Dies wird in diesem spannenden und kenntnisreichen Buch aufgezeigt und belegt.

Deutschland ist zurzeit der viertgrößte Waffenexporteur der Welt. Gerade in der Rankingliste der Kleinwaffenexporteure ist Deutschland unter den Top Five. Kleinwaffen sind zum Beispiel tragbare Raketenwerfer, Handgranaten, Mörser, Maschinenpistolen und Sturmgewehre, die von UNICEF als Massenvernichtungswaffen unserer Zeit bezeichnet werden.

Anhand von Beispielen aus Kolumbien und Mexiko wird recherchiert, wie Waffen von Carl Walther und Sig Sauer in Kolumbien und Waffen von Heckler und Koch in Mexiko auftauchen konnten. Die Wege von einzelnen Waffen werden verfolgt und rekonstruiert. Daraufhin wurden von Jürgen Grässlin und dem Anwalt Holger Rothbauer

Strafanzeigen gegen Verantwortliche der Waffenschmieden gestellt. Die Beweise hierfür sind in dem Buch aufgeführt.

In vielen Interviews kommen Journalisten, Betroffene und Insider zu Wort und erzeugen beim Leser eine beklemmende Spannung und immer wieder ungläubiges Kopfschütteln, wie Hand in Hand gearbeitet wird, damit Waffenexporte ermöglicht werden können.

Auch wird die Entstehung der Filme »Waffen für die Welt«, »Meister des Todes« und »Tödliche Exporte« beschrieben.

Im Anhang sind wichtige Grundlagentexte zum Waffenhandel enthalten und Adressen von Websites, auf denen man sich weiter informieren kann.

Wer sich mit dem Thema »Deutsche Waffenexporte« beschäftigt oder die »Aktion Aufschrei« unterstützt, sollte dieses Buch unbedingt lesen.

Susanne Hellstern

(siehe auch S. 2 und 3)

- Außerdem habe das geheim tagende Gremium der Firma Dynamit Nobel die Ausfuhr von 600 tragbaren Panzerabwehrwaffen nach Jordanien erlaubt und Atlas Elektronik den Export von Torpedozubehör nach Ägypten. Daimler darf 180 Lastwagen an Algerien verkaufen.

Kontakt für die Medien:

Christine Hoffmann, *pax christi*, Mobil: 0177-52 83 530
Paul Russmann, Ohne Rüstung Leben, Mobil: 0176-28 04 45 23

Trägerorganisationen der Kampagne:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) • aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e.V. • Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR • Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung • Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienst-

gegnerInnen (DFG-VK) • Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V. (IPPNW) Deutschland • NaturFreunde Deutschlands • Internationale katholische Friedensbewegung *pax christi* – Deutsche Sektion • JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion • Ohne Rüstung Leben (ORL) • Provinzleitung der Deutschen Franziskaner und Kommission Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung • RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.) • terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not • Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfG)

Viele weitere Organisationen und Friedensinitiativen arbeiten im Aktionsbündnis der Kampagne mit.

www.aufschrei-waffenhandel.de

Steht auf

Am 13. November 2015 blickte die ganze Welt auf Paris. Die Terroranschläge des IS trafen Europa ins Herz. Die Deutsche Sektion von *pax christi* spricht von einem »feigen Anschlag gegen den Frieden und menschliches Miteinander«.

pax christi hat ein besonderes Verhältnis zu Frankreich: Am Ende des Zweiten Weltkrieges reichten sich Christen aus Frankreich und Deutschland zur Versöhnung die Hände, und so entstand *pax christi*. Aus diesem Grund fühlen wir uns auch heute mit unseren französischen Schwestern und Brüdern eng verbunden. Die Deutsche Sektion von *pax christi* erklärte in einer Pressemitteilung vom 16. November: »*pax christi* trauert um die Opfer der brutalen Terroranschläge in Paris. Unsere Anteilnahme gilt den Familien der Hinterbliebenen und den Verletzten, von denen einige noch mit dem Leben ringen. Es war ein Anschlag auf die Kultur Frankreichs, auf einen westlichen Lebensstil, zu dem Fußball, Musik und Ausgehen gehören. Wir verurteilen diese Verbrechen.«

pax christi France schreibt auf der Webseite unter dem Titel »Steht auf«: »Die Tragödie des 13. Novembers ist wie ein Stich ins Wespennest! Rasche Reaktionen, die bestärkt werden von ununterbrochenen Informationen über den Hergang der Geschehnisse, über die Fortschritte der Ermittlungen und über die laufenden Drohungen, nähren die Verunsicherung, die Wut und die Sehnsucht, so schnell wie möglich Daech (dem IS) und seinen Handlangern ein Ende zu machen.« Sehr schnell hat Frankreich die Anschläge als Kriegserklärung aufgefasst und Gegenmaßnahmen ergriffen. Nun bombardieren auch französische Kampfflugzeuge den IS in Syrien.

Die Deutsche Sektion von *pax christi* unterstreicht, dass diese Anschläge keine Kriegserklärung waren, sondern ein Verbrechen, und fordert eine internationale Strafverfolgung. »Zur Aufarbeitung gehört, nach den Ursachen des Terrors zu fragen. Es muss nachdenklich machen, dass die Täter von Paris nach bisherigen Ermittlungen vor allem aus europäischen Gesellschaften kommen. Wie gelingt es in unseren Gesellschaften, Werte wie Nächstenliebe oder Menschenwürde so zu vermitteln, dass Jugendliche diese gerne annehmen?«

Diese Anfragen an alle westlichen Gesellschaften provozieren. Am Ende dieses Jahres steht die Frage: Kann es so weitergehen mit wirtschaftlichem Wachstum, Waffenexporten, Raubbau an der Natur, Konsum und Reichtum auf Kosten der Armen oder müssen wir nicht endlich unseren Lebensstil radikal ändern? Es gilt, Empathie, Solidarität und Gerechtigkeit wieder mit Leben zu füllen. Suchen wir Gleichgesinnte, vernetzen wir uns und handeln wir!

Auch unsere französischen Schwestern und Brüder von *pax christi* fordern alle auf: »Wir müssen in Zukunft andere Worte hören, uns auf andere Meinungen stützen. Nicht, um die Stärke eines Kampfes gegen die Barbarei abzuschwächen, sondern um unsere Seele nicht zu verlieren. Wir sind zum Mut aufgefordert, wir selbst zu sein und zu bleiben, indem wir gegen die widrigen Umstände kämpfen, ohne uns von ihnen verderben zu lassen. Und sogar zu wachsen, zum großen Missfallen derjenigen, die uns überwältigen und zerstören möchten.«



Barmherziger Gott, wir sind betroffen über das schreckliche Leid, das fanatische Menschen angeblich im Namen ihres Gottes in Paris verursacht haben. Wir trauern mit den vielen Angehörigen der Opfer, die keinen Trost finden. Wir können nicht verstehen, warum solches Leid geschieht.

Steh uns bei in unserer Ohnmacht und lass uns Wege finden, um eine gerechte und versöhnte Welt zu bauen. Hilf uns, der Gewalt zu wehren mit der unzerstörbaren Kraft deiner Liebe. Lass uns auf Menschen anderer Rasse, Hautfarbe oder Religion zugehen und gemeinsam mit ihnen Brücken der Versöhnung bauen. Darum bitten wir durch Christus, unseren Herrn. Amen.

Susanne Hellstern

Gebet: Wolfgang Gramer, Geistlicher Beirat von *pax christi* Rottenburg-Stuttgart

Text auf der Seite von *pax christi* France: Père Michel Dagrás, *pax christi* Toulouse

Übersetzung der Textausschnitte: Caroline Haro-Gnändinger

Piktogramm (Eiffelturm): Jean Jullien



• Impressum

Herausgegeben von

pax christi

Diözesanstelle Rottenburg-Stuttgart

Jahnstraße 30

70597 Stuttgart

Tel.: (0711) 9791-216

Fax: (0711) 9791-159

E-Mail: Paxchristi-rs@bo.drs.de

www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Geschäftsführer und Referent für Friedensarbeit:

Stefan Schneider (Adresse wie oben)

Referentin:

Mechthild Foldenauer (Adresse wie oben)

Vorsitzender:

Reinhold Gieringer

Am Bauschberg 40

72108 Rottenburg

Tel.: (07472) 41383

reinhold.gieringer@web.de

Geistliche Beirätin:

Birgit Clemens

Adlerweg 4

73326 Deggingen

Tel.: (07334) 924718

birgit.clemens@web.de

Geistlicher Beirat:

Dr. Wolfgang Gramer

Bietigheimer Str. 9/2

74321 Bietigheim-

Bissingen

Tel.: (07142) 7095011

woleole@gmx.de

Bankverbindung:

Pax-Bank eG

BLZ: 37060193, Konto-Nr.: 6031914017

IBAN: DE09 3706 0193 6031 9140 17,

BIC: GENODED1PAX

Redaktion:

Susanne Hellstern

Christian Turrey

(Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder)

Gestaltung:

Birgit Weber

Druck:

UWS Papier & Druck GmbH, Stuttgart

Versand:

Neckartalwerkstätten, Stuttgart

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 700 Exemplare